

# Kritiker fordern Friedenskonzept

## Debatte um Kooperation mit Bundeswehr

Von Viviane Reineking

**BREMEN** ■ Rund 120 Personen, darunter 60 Hochschullehrer und Wissenschaftler, haben einen Aufruf unterzeichnet, mit dem sie sich gegen die Kooperation der Hochschule Bremen mit der Bundeswehr wenden, einen Ausbau der Zivilklausel und die Diskussion über und die Verankerung von friedenspolitischen Konzepten für Forschung, Lehre und Studium fordern.

Gestern stellten die Initiatoren den Aufruf im Bremer Friedensforum vor, das den Aufruf – ebenso wie der Allgemeine Studentenausschuss (Asta) der Hochschule Bremen – unterstützt. Hintergrund ist der Kooperationsvertrag zwischen der Hochschule und der Bundeswehr: Demnach sollen zum kommenden Wintersemester bis zu zehn Beamtenanwärterinnen der Bundeswehrverwaltung die Möglichkeit erhalten, im dualen Frauenstudiengang Informatik an der Hochschule zu studieren. Seit der Vertragsunterzeichnung im Mai wird nun diskutiert, ob sich diese Kooperation mit der Zivilklausel, die sich die Hochschule selbst auferlegt hat und die mittlerweile gesetzlich verankert ist, vereinbaren lässt. Zudem befürchten Kritiker eine Einflussnahme auf Studieninhalte.

Mit der Zivilklausel verpflichtet sich die Hochschule, dass Forschung und Lehre friedlichen Zwecken dienen sollen. „Wir lehnen eine Kooperation mit der Bundeswehr in jedem Fall ab“, sagt Timm von Bodecker, Vorsitzender des Hochschul-Astas. „Die Hochschule wird damit

in hohem Maße Informatikerinnen für den Krieg ausbilden“, so Hartmut Drewes, Sprecher des Friedensforums. Die Armee solle speziell für einen „Cyberkrieg“ fit gemacht werden.

Rüstungsforschung sei nie klar als Rüstungsforschung erkennbar, so Dr. Wolfram Elsner, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Bremer Uni. Technik könne häufig sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden („dual use“). Diese Problematik sowie eine „völlige Sprachverwirrung“, nach der Militäreinsätze etwa Friedenseinsätze genannt würden, seien Gründe, weshalb die Zivilklausel so nicht mehr ausreiche, sie vage und interpretationsfähig sei. „Deshalb müssen wir sie weiterentwickeln“, so Elsner und sein Kollege, der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Rudolph Bauer, Uni-Hochschullehrer im Ruhestand.

Friedenspolitische Aspekte sollten deshalb in alle Hochschulbereiche Einzug halten. Die Forschung könne sich etwa mit der gewaltfreien Konfliktlösung beschäftigen, im Studium stellen sich die Initiatoren zum Beispiel den Ausbau von friedenspädagogischen Studiengängen vor.

Die Hochschule Bremen beruft sich unterdessen unter anderem auf Stellungnahmen des Justiz- und Wissenschaftsressorts. Demnach liege laut Hochschule de facto kein Verstoß gegen die Zivilklausel vor. Das Curriculum diene friedlichen Zwecken, so Hochschul-Rektorin Prof. Dr. Karin Luckey, die Studentinnen würden für die Zivilverwaltung ausgebildet.



Prof. Dr. Rudolph Bauer (v.l.), Arzt Martin Schmidt, Prof. Dr. Wolfram Elsner, Timm von Bodecker und Hartmut Drewes. ■ Foto: Reineking